

SPD hält an Europa- Perspektive für Südosteuropa fest

Zu den Aussagen des CDU- Europawahlprogrammes, dass die südosteuropäischen Länder erst einmal keine EU- Mitgliedschafterhalten sollen, erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD- Bundestagsfraktion Walter Kolbow und der aussenpolitische Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion Gert Weisskirchen:

Auf einer Südosteuropa- Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing haben am vergangenen Wochenende Vertreter der Länderdes westlichen Balkans ihre grosse Sorge darueber zum Ausdruckgebracht, dass im CDU- Wahlprogramm die CDU ihren politischen Willen festgeschrieben hat, dass nach Kroatien erst einmal Schluss mit der EU- Erweiterung sein soll. Die dafür angebotenen Nachbarschaftsabkommen werden von den Betroffenen als inakzeptable Vertroestung gesehen.

Diese Sorgen sind berechtigt und es ist verständlich, dass diese Festlegung der CDU als Verrat bisheriger Versprechungen verstanden wird. Schliesslich hat auch die Union die gesamte bisherige EU- Erweiterungspolitik immer mitgetragen, ja sogar aktiv mitgestaltet. Folgerichtig hat auch EU- Erweiterungskommissar Olli Rehn diese Politik der CDU kritisiert.

Die Zusage des EU- Gipfels von Thessaloniki im Jahr 2003, dass alle Länder der Region die Chance auf eine EU- Mitgliedschaft haben, sobald die institutionellen Voraussetzungen auf EU- Seite dafür vorliegen, ist bis heute die Grundlage der Balkan- Politik der ganzen EU. Über den Stabilitätspakt und den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess werden seit Jahren die Westbalkan- Staaten schrittweise auf den EU- Beitrittsprozessvorbereitet. Gerade für diese Staaten, die neben den Transformationsproblemen auch noch unter den Folgen der Jugoslawien- Kriege zu leiden haben, ist die Hilfe der EU unabdingbar für die Erlangung der EU- Fähigkeit. Nur eine ernstgemeinte EU- Perspektive aber bietet den Anreiz und die Gewähr für die Aufrechterhaltung des notwendigen Reform- und Modernisierungsprozesses.

Es ist unverständlich, dass die Union den bisherigen Konsens nun in Frage stellt. Sollte populistisches Kalkül dahinterstecken, wird sich dies sehr schnell als Bumerang erweisen. Nichts kann weniger in europäischem und damit auch in deutschem Interesse sein, als dass diese Länder in ihrem Reformeifererlahmen und wieder zu einer unkalkulierbaren Enklave mitten in Europa werden, von der dann verschiedenste Instabilitäten drohen.

Die SPD wird daher ihre Balkan- Politik nicht in Frage stellen. Wir stehen zu Thessaloniki und werden weiterhin dafuer werben, dass die Länder Serbien, Bosnien und Herzegowina, Makedonien, Montenegro, Kosovo und Albanien vollwertige Mitglieder der europäischen Familie werden koennen.

Veröffentlicht am 23.03.2009